

**Antrag**

Hannover, den 05.09.2023

Fraktion der CDU

**Freiwilligendienste stärken - Kürzungspläne der Ampelregierung in Berlin bei den Fördermitteln stoppen**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

In jedem Jahr engagieren sich in Deutschland rund 100 000 Menschen in den Freiwilligendiensten. Sie leisten für ein Anerkennungsgeld (Taschengeld) mit ihrer Arbeit wichtige Beiträge für unser Gemeinwesen, indem sie einen Bundesfreiwilligendienst (BFD), ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) oder einen Internationalen Jugendfreiwilligendienst (IJFD) übernehmen. Freiwilligendienste sind daher ein großartiges und zu Recht sehr beliebtes Angebot, gerade für junge Menschen, die diese ehrenamtliche Tätigkeit auch zur Berufsorientierung nutzen.

Nach den Plänen der Bundesregierung sollen im Bundeshaushalt 2024 sowie in der Finanzplanung bis 2027 die Fördermittel für die Freiwilligendienste drastisch gekürzt werden. Konkret sollen die Fördermittel im Bundesfreiwilligendienst von 207 Millionen Euro auf 154 Millionen Euro sowie in den Jugendfreiwilligendiensten von 121 Millionen Euro auf 96 Millionen Euro sinken.

Der Landtag stellt fest, dass die geplanten Mittelkürzungen für den Bundeshaushalt 2024 nicht akzeptabel sind und in den laufenden Haushaltsberatungen rückgängig gemacht werden müssen. Die Mittelkürzungen hätten zur Folge, dass jeder vierte Freiwilligenplatz wegfallen würde, denn die Träger der Freiwilligendienste können die fehlenden Finanzmittel nicht kompensieren. Soziale Einrichtungen, Seniorenheime, Kindergärten und Schulen, Sport, Kultur und Naturschutz wären vom Wegfall der Freiwilligendienststellen unmittelbar betroffen.

Der Landtag stellt ferner fest, dass unsere Gesellschaft gerade in der Zeit nach der Corona-Pandemie einen neuen inneren Halt und mehr Mut und Engagement im Ehrenamt benötigt. Eine Kürzung der Bundesförderung bei den Freiwilligendiensten wäre kontraproduktiv. Diese steht auch im Widerspruch zum Koalitionsvertrag der Ampelkoalition auf Bundesebene, der sich ausdrücklich für eine Stärkung der Freiwilligendienste ausspricht: „Die Plätze in den Freiwilligendiensten werden wir nachfragegerecht ausbauen, das Taschengeld erhöhen und die Teilzeitmöglichkeiten verbessern.“

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die geplanten Mittelkürzungen bei den Freiwilligendiensten nicht wie von der Bundesregierung beabsichtigt umgesetzt werden.

Weiterhin fordert der Landtag die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene mithilfe einer Bundratsinitiative dafür einzusetzen, dass die im Koalitionsvertrag zwischen den Ampelkoalitionären vereinbarte Stärkung der Freiwilligendienste unverzüglich umgesetzt wird. Für die angekündigte Erhöhung der Anzahl der Freiwilligenplätze und des Taschengeldes sind daher die Mittelansätze im Bundeshaushalt 2024 gegenüber den laufenden Haushaltsansätzen deutlich zu erhöhen.

Carina Hermann

Parlamentarische Geschäftsführerin

(Verteilt am 05.09.2023)